

## Antrag

der Fraktion der CDU/CSU

### **Libyen in den außenpolitischen Fokus nehmen – Rasche Parlaments- und Präsidentschaftswahlen herbeiführen**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Lage in Libyen bleibt auch mehr als zwei Jahre nach Bildung einer Einheitsregierung unter Premierminister Abdulhamid Dbeiba kritisch. Die Ende 2021 verschobenen Präsidentschaftswahlen wurden bislang nicht nachgeholt. Wie zu Zeiten des Bürgerkriegs hat sich im Osten des Landes wieder eine De-Facto-Autorität zur Regierungsmacht aufgeschwungen. Zudem hat sich dort rund um die Stadt Darna die humanitäre Situation nach dem Unwetter mit über 11.000 Toten weiter massiv verschlechtert ([www.tagesschau.de/ausland/afrika/libyen-flut-tote-100.html](http://www.tagesschau.de/ausland/afrika/libyen-flut-tote-100.html)). So drohen die erzielten Fortschritte des Berliner Libyen-Prozesses, der unter Führung von Bundeskanzlerin Merkel angestoßen wurde, zunichtegemacht zu werden. Dabei war die Berufung des Libyan Political Dialogue Forum (LPDF) durch die United Nations Support Mission in Libya (UNSMIL) im November 2020 ein wichtiger Beitrag, um nach dem vereinbarten Waffenstillstand im Oktober 2020 ein Format zur Herbeiführung einer politischen Lösung des Konflikts zu schaffen. Die aus dem LPDF im März 2021 hervorgegangene Regierung der Nationalen Einheit (Government of National Unity, GNU) mit Premierminister Abdulhamid Dbeiba ist bis heute die international anerkannte Regierung Libyens. Der wesentliche Auftrag dieser eigentlichen Übergangseinheitsregierung war insbesondere die Vorbereitung landesweiter Parlaments- und Präsidentschaftswahlen für den 24. Dezember 2021 sowie die Wiederherstellung der institutionellen Einheit des Landes bis zum Wahltermin.

Zuletzt kam es Mitte August 2023 zu erheblichen gewalttätigen Auseinandersetzungen in Tripolis, bei denen mehrere Menschen ihr Leben verloren und zahlreiche Verletzte zu beklagen waren. Der Einfluss der Milizen wächst weiter an und wird durch die Präsenz ausländischer Söldner und Kämpfer zusätzlich relevant. Die überwiegende Mehrzahl der libyschen Bevölkerung wünscht sich ein Ende des seit mehr als einem Jahrzehnt andauernden Konflikts und sehnt sich nach neuen politischen Akteuren und Stabilität. Die Tatsache, dass sich mehr als 2,5 Millionen Libyerinnen und Libyer vor den geplanten Wahlen im Dezember 2021 in das Wahlregister eintrugen, belegt bei einer Bevölkerung von sieben Millionen Menschen den starken Anspruch, über die Zukunft Libyens mitentscheiden zu wollen. Entscheidend für die Stabilisierung des Landes ist insbesondere nun die internationale Unterstützung des neuen UN-Sonderbeauftragten Abdoulaye Bathily, der darauf drängt, noch in diesem Jahr Präsidentschafts- und Parlamentswahlen abzuhalten.

Ist das Vorhaben von Bathily von Erfolg geprägt, könnte das in einer instabilen Region massiv zur Stabilisierung beitragen. Davon würde vor allem auch das libysche Nachbarland Tunesien profitieren, das ebenfalls in einer tiefen wirtschaftlichen und demokratischen Krise steckt. Der tunesische Präsident Kais Saied hat die Verfassung außer Kraft gesetzt, die Gewaltenteilung aufgehoben und mit einem umstrittenen Verfassungsreferendum seine Machtbefugnisse ausgebaut. Diese politischen Entwicklungen, gepaart mit den miserablen wirtschaftlichen Aussichten, führen zu einer erheblichen Zunahme der Migrationsströme von Tunesien nach Europa. Insbesondere die Mittelschicht verlässt zunehmend das Land, was einen Brain-Drain zur Folge hat.

Eine weitere Fragmentierung Libyens ist nicht im deutschen und europäischen Interesse. Die Wiederherstellung der nationalen Einheit bleibt daher eine wichtige Priorität. Wie in anderen Krisenherden auch, versucht Russland in Libyen, gezielt für Instabilität in Europas südlicher Nachbarschaft zu sorgen und unterstützt daher bewusst die ostlibysche Regierung. Zudem nutzt die Gruppe Wagner Rohstoffe und Bodenschätze als Finanzierungsquelle zur Unterstützung des russischen hybriden Vorgehens. Diesem Ansinnen muss entschieden entgegnet werden, indem weiter auf den Abzug aller Söldner gedrängt wird. Zudem sollten die Beratungen über eine konstitutionelle Grundlage für Wahlen so wie die 6+6-Kommission mit der vereinbarten Roadmap unterstützt werden. Der Mission UNSMIL mit ihrem neuen Sonderbeauftragten des UN-Generalsekretärs, Abdoulaye Bathily, kommt dabei eine entscheidende Rolle bei der Begleitung dieses Prozesses zu.

Auch im Kontext der sich zuspitzenden globalen Systemrivalität zwischen autoritären und demokratischen Staaten nimmt Libyen eine wichtige Rolle ein. Aufgrund der gelähmten Rolle der Europäischen Union (EU) in Libyen konnten sich andere Akteure, allen voran Russland, aber auch die Türkei und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) in den vergangenen Jahren in Europas südlicher Nachbarschaft neuen Einfluss verschaffen. Um die eigenen Interessen zu wahren und durchzusetzen, muss die EU ein klar abgestimmtes und aktiveres Profil zeigen und sich wieder in Libyen engagieren. Dabei kommt Deutschland eine Schlüsselrolle zu. Die Bundesregierung muss wieder mit Engagement und Initiative voranschreiten und Führungsverantwortung übernehmen.

II. Daher fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auf,

1. den Berliner Prozess in enger Allianz mit den UN und der EU wieder zu beleben und eine neue Libyen-Konferenz in Berlin abzuhalten mit dem Ziel den innerlibyschen politischen Prozess unter Leitung der UN zu unterstützen und rasche Parlaments- und Präsidentschaftswahlen zu ermöglichen und somit zur nachhaltigen Stabilisierung des Landes beizutragen;
2. die unterschiedlichen Strategien der regelbasierten Staaten in Libyen mit ihren gegensätzlichen Interessen zu bündeln und zu vereinheitlichen und in Libyen unter Einbeziehung der westlichen Partner wieder stärker als diplomatischer Akteur aufzutreten und Deutschland als wirksamen Begleiter des Prozesses hin zu einer neuen Verfassung anzubieten;
3. den Plan des UN-Sonderbeauftragten und die libyschen Akteure aktiv zu unterstützen, noch in diesem Jahr – zumindest aber zeitnah – Parlaments- und Präsidentschaftswahlen abzuhalten und Legitimation wiederherzustellen;
4. den Druck insbesondere auf Machthaber im Osten Libyens zu erhöhen, um die Rückkehr zu einem innerlibyschen Dialogprozess zu ermöglichen;
5. die UN-Mission in Libyen in ihrem Mandat zu unterstützen und zu stärken sowie dem neuen Sonderbeauftragten des UN-Generalsekretärs für Libyen in seiner wichtigen Mission inhaltlich, instrumentell wie materiell beizustehen;

6. sich in der Europäischen Union für eine einheitliche europäische Strategie zur Befriedung und Stabilisierung Libyens einzusetzen, auch im Rahmen der südlichen Nachbarschaftspolitik der EU;
7. sich in Zusammenarbeit mit der EU und den UN für die Entwicklung einer Strategie im Hinblick auf „Disarmament, Demobilization and Reintegration“ (DDR) der einflussreichen Milizengruppen im Land einzusetzen;
8. die 5+5 Joint Military Commission (JMC) zu bestärken, um den Waffenstillstand aufrechtzuerhalten und die Milizen weiter zurückzudrängen;
9. die politischen Stiftungen und deutschen Durchführungsorganisationen in der politischen und technischen Zusammenarbeit mit und in Libyen zu stärken und in ihrer Arbeit zu unterstützen;
10. russischem Einfluss in Libyen systematisch entgegenzutreten;
11. dem Deutschen Bundestag einen Vorschlag für ein verändertes Mandat des Bundeswehreinsetzes EUNAVFOR Med Iriini vorzulegen, das eine Zusammenarbeit mit libyschen Marine- und Grenzschutzeinheiten wieder vorsieht;
12. Libyen bei der Erschließung seiner Rohstoffe und der Nutzung seines großen Potentials an erneuerbarer Energie zu unterstützen;
13. die französischen und italienischen Pläne zu einer wirtschaftlichen Stabilisierung Tunesiens zu unterstützen.

Berlin, den 17. Oktober 2023

**Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion**

